

Calmer Wochenblatt

Nr. 149.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungswiese: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die halbspaltige Zeile 20 Btg., die volle Spalte 40 Btg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Preis pro Bogen 2 Btg.

Dienstag den 1. Juli 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellgeld 2.85 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarteilbezirk 2.75, im Fernbezirk 2.85, Bestellgeld 30 Btg.

Nach der Annahme der Friedensbedingungen.

Die Blockade bleibt bestehen bis zur Genehmigung des Friedensvertrags durch die Parlamente.

Brüssel, 30. Juni. Clemenceau ließ dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation folgende Note zu gehen: „Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß das Waffenstillstandsabkommen die Blockade warficht und daß dieses Abkommen so lange in Kraft bleibt, bis der Austausch der Noten über die Ratifizierung stattgefunden hat. Die Alliierten sind aber bereit, die Blockade aufzuheben, sobald die Ratifizierung ihnen durch die deutsche Regierung angezeigt worden ist. Genehmigen Sie Herr Präsident usw. Clemenceau“

Die vorsichtigen Alliierten.

Berlin, 1. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ gibt eine Genfer Meldung der „Europa Press“ wieder, nach der der „Matin“ schreibt, daß in den Friedensvertrag eine Vorbedingung eingefügt werden soll, wonach nicht nur die deutsche Nationalversammlung, sondern auch die preussische Landesversammlung und der bayerische Landtag den Friedensvertrag in einem zu bestimmenden Zeitraum ratifizieren müssen.

Eine „Reinunde der neuen Weltordnung“

Paris, 30. Juni. Wilson hat eine Botschaft veröffentlicht, in der er erklärt, daß der Friedensvertrag unterzeichnet sei und daß er, wenn seine Bedingungen vollständig und aufrichtig eingehalten werden, eine Urkunde oder neuen Weltordnung darstellen werde. Der Vertrag sei hart bezüglich der Pflichten und Strafen, die Deutschland auferlegt werden, aber er sei hart, weil das von Deutschland begangene Unrecht wieder gutgemacht werden müsse. Der Vertrag lege Deutschland nichts auf, was nicht erfüllt werden könne (!) und es könne den Platz, der ihm in der Welt mit Recht zustehet, wieder gewinnen durch eine prompte und ehrliche Einhaltung der Bedingungen.

Keine ungetriebene Freude in Frankreich.

Bern, 1. Juli. In den Kommentaren der gestrigen französischen Presse ist die Befriedigung über die Unterzeichnung des Friedens unverkennbar. Ein besorgter Unterton in vielen Artikeln darf jedoch nicht übersehen werden, wenn gleich er von dem Bestreben, die Feststunde des französischen Volkes jubelnd zum Ausdruck zu bringen, überdient wird. Des weiteren beschäftigen sich zahlreiche Blätter mit dem Bündnisvertrag, dem ebensowohl Wichtigkeit wie dem Friedensvertrag selber beigelegt wird. Der „Yvoner „Progres“ hebt hervor, daß der Friedensvertrag wie alle menschlichen Dinge unvollkommen sei, daß aber die Zeit Abhilfe schaffen werde. Das Blatt erzählt, daß das militärische Abkommen mit Amerika und England bald veröffentlicht werde. Der Leitartikel des „Nouvelles de Yvon“ stellt das Bündnisabkommen direkt über den Friedensvertrag selbst, denn es sei die wahre Bürgschaft für die Dauer des Friedens. Die deutschen Verpflichtungen und Unterzeichnungen seien ja für den Augenblick ganz schön; aber man könne sich doch nicht darauf verlassen, das geht aus den verschiedensten Stimmen, die aus Deutschland herüberklingen, mit wünschenswerter Deutlichkeit hervor. „Somme Libre“ betont, daß die Völker den Frieden auch tatsächlich verwirklichen müßten. Der Vertrag sei weder vollkommen noch endgültig. In der „Humanité“ schreibt Cachin, daß der Friedensvertrag von keinem Proletariat der Welt gut geheißt werde. Die Arbeiter seien der Ansicht, daß der Vertrag von Grund aus geändert werden müsse. Die Völker verständen die Ziele der Zivilisation der Menschheit in ganz anderem Sinne. Nach dem „Yvoner „Progres“ nahm das Departementkomitee des republikanischen Pressevereins einstimmig eine Tagesordnung an, die die sofortige Aufhebung der Zensur verlangt. Die Tagesordnung wird Clemenceau vorgelegt werden.

Französische Barbarei.

Karlsruhe, 30. Juni. Nachdem am Montag ein nächtlicher Versuch, das Kriegerdenkmal in Rehl zu zerstören, wegen des in der Nacht herrschenden Sturmwindes nicht geklärt war, haben die Franzosen in der Nacht vom 28. zum 29. Juni das eiserne Kriegerdenkmal zu Fall gebracht, indem sie an ein um das Standbild gelegtes Tau Pferde anspannten und auf diese Weise das Standbild vom Sockel herunterrißen. Die Ortsbewohner konnten leider bei Ausübung der Tat nicht eingreifen, oder sie verhindern, weil es ihnen bei Strafe verboten ist, zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr morgens ihre Behausung zu verlassen. Bei dieser Gelegenheit muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Franzosen die in Haft genommenen zivildienstlichen Beamten, die, wie bereits mitgeteilt, gegen den Hochverräter Hompa vorgingen, in geradezu empörender Weise behandelten. Die Herren werden nach zuverlässigen Nachrichten in

strengster Militärhaft und bei schlechtester Verpflegung gehalten. — Wie hätten diese Festen erst gehaut, wenn sie im Kriege nach Deutschland gekommen wären!

Siegesjubiläum im englischen Unterhaus.

(WTB.) London, 1. Juli. (Reuter.) Unterhausung vom 30. Juni. Lord George, der das Unterhaus um 3.45 Uhr betrat, wurde eine große Ovation dargebracht. Die Mehrzahl der Mitglieder erhob sich von den Sitzen, jubelte und winkte ihm zu. Die Mitglieder der linken Opposition blieben eine Zeitlang sitzen; die Mehrzahl erhob sich jedoch nach wiederholter Aufforderung von Seiten des übrigen Teiles des Hauses, während die Mitglieder der Arbeiterpartei sitzen blieben. Hierauf sangen die Mitglieder des Hauses die Nationalhymne. Nach Beendigung der Nationalhymne wurden drei Hochs ausgebracht. Zwei Mitglieder der Arbeiterpartei waren während der Absingung der Nationalhymne sitzen geblieben. Der Nationaldemokrat Seddon lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Tatsache, daß zwei Mitglieder der Arbeiterpartei, die der Krone den Treueid geschworen hätten, sich einer Absingungsverweigerung schuldig gemacht hätten, da sie bei einer feierlichen Gelegenheit sitzen geblieben seien. Seddon fügte hinzu, er hoffe daß dies protokolliert werde. (Großer Beifall.)

Lord George erklärte: Der Vertrag sei der umfassendste und weitgehendste Friedensvertrag, der jemals abgeschlossen wurde, was die Zahl und die Macht der davon betroffenen Nationen, die endlose Verschiedenheit der in Betracht kommenden Interessen, die Größe der in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete und die darin verkörpertem wiedererprobten neuen Verträge betreffe, die den Charakter der Dinge in der Welt ändern und dem Schicksal der Welt eine neue Richtung geben würden. Der Premierminister fügte hinzu, er werde am Donnerstag einen Gesandtschaftswort einbringen, um die Regierung in den Stand zu setzen, um die Bedingungen des Vertrages zu verwirklichen und werde eine Erklärung über den Vertrag und die Methoden für seine Durchführung abgeben.

Boitombsey sagte, ob irgend welche Schritte in Verbindung mit den holländischen Behörden getan worden sei, um ein Entkommen des Kaisers zu verhindern. Harmsworth erwiderte, die alliierten Regierungen hätten durch ihre Vertreter die holländische Regierung auf die Notwendigkeit vorbereitet, die entsprechenden Schritte zu tun, um eine Abreise des früheren Deutschen Kaisers aus Holland zu verhindern. In Erwiderung auf eine weitere Anfrage erklärte Harmsworth, daß keine Verhandlungen bezüglich des früheren Deutschen Kaisers mit Holland eingeleitet seien.

Die Erklärung des Generals Smuts.

* Die Erklärungen, die so großes Aufsehen in Frankreich hervorgerufen haben, und welche England wohl inoffiziell durch den General Smuts zum Friedensvertrag machen ließ, lauten folgendermaßen: „Ich habe den Friedensvertrag gezeichnet, nicht weil ich ihn für ein genügendes Werk ansehe, sondern weil es notwendig ist, den Krieg zu beendigen, weil es jetzt die Welt notwendig hat, den Frieden zu erlangen und weil nichts gefährlicher ist, als die Fortsetzung des ungewissen Zustands zwischen Krieg und Frieden. Die 6 Monate, die seit dem Waffenstillstand verlossen sind, sind vielleicht erschütternder und schrecklicher für Europa gewesen, als die 4 vorhergehenden Kriegsjahre. Ich betrachte den Friedensvertrag als das Ende der beiden Kapitel, des Kriegs und des Waffenstillstands, und nur aus diesem Grunde habe ich hiezu meine Zustimmung gegeben. Ich möchte aber nicht mit meiner Kritik des abgeschlossenen Werks zurückhalten; denn ich glaube, daß der Friedensvertrag uns nicht den wahren Frieden gibt, den die Völker erhofft haben. Deshalb glaube ich, daß die wahre Ausarbeitung des Friedens erst dann beginnen wird, wenn dieser Vertrag gezeichnet ist. Es gibt territoriale Regelungen in diesem Vertrag, die geändert werden müssen. Man kann feststellen, daß Bürgschaften vorgegeben sind, die nicht in Uebereinstimmung mit dem neuen friedlichen Willen und dem Zustand der Entwicklung unserer ehemaligen Feinde sind. Strafmaßnahmen sind vorgegeben, aber wenn wir sie auf möglichst ruhige Weise prüfen, müssen wir finden, es ist am besten, nicht von ihnen zu sprechen. Es sind Festlegungen getroffen, die nicht ausgeführt werden können, ohne der industriellen Wiedergeburt Europas sehr erheblich zu schaden und es ist im Interesse von allen, sie anständiger und gemäßigter zu machen.“

Die englische Propaganda im eigenen Lande.

Noch ist der Friede nicht unterzeichnet und schon finden sich in der englischen Presse Klagen über angebliche deutsche Konkurrenz. Es berichtet die „Times“ vom 17. Juni: Ein großer Abschluß für Maschinenmontage sei soeben in Holland einer deutschen Firma gelungen, die um 20 (rund 400 M.) die Löhne billiger gewesen sei als ein britisches Angebot. Die Deutschen hätten für die fertige Arbeit weniger verlangt, als der Preis für das Rohmaterial in England betrage. Die Bereitschaft des deutschen Hauses zu beratigen

Bedingungen die Arbeit zu übernehmen, deutet auf die Art der industriellen Konkurrenz, die wir zu erwarten haben.“ — Gleichzeitig klagt die „Morning Post“ über unsere Konkurrenz auf dem Bleimarkt: Die englische Regierung sei im Besitz von 120 000 Tonnen Blei, die teilweise im neutralen Ausland verkauft werden sollten. Deutschland aber bietet in Holland Blei zu 24 (480 M.) an; das sei etwa der Marktpreis in England, zu dem dann noch 25 sh Spesen kämen usw. — Es handelt sich hier um echt englische Kniffe, das Volk gegen Deutschland zu verhetzen, damit man sich nicht gegen den Vergewaltigungsfrieden wendet. Die Schriftl.

Ein belgischer Arbeiterführer zur Friedensfrage.

Amsterdam, 30. Juni. Laut „Times“ erklärte der belgische Arbeiterführer Camille Huysmans auf der Arbeiterkonferenz in Soukhport, es werde keinen Frieden geben, solange Großbritannien das Recht habe, Kolonien zu besitzen und andere Länder dieses Recht nicht hätten, solange die Polen Deutschlands das Recht hätten, sich an Polen anzuschließen und die Deutschen in Oesterreich sich an Deutschland nicht anschließen dürften, solange eine zeitliche Besetzung verschiebter Anexionen bedeute, wie bei der Besetzung des Saarbodens, und solange man fordere, daß Deutschland bezahle, ohne daß ihm die Möglichkeit zur Arbeit gegeben werde.

Amerikanische Befürchtungen bezüglich Deutschlands Wiederaufrichtung.

Berlin, 1. Juli. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Amsterdam gemeldet: Professor Herron, einer der Vertrauensleute Wilsons, erklärte einem Vertreter der „Daily News“, das Ergebnis des Pariser Friedens würde sein, daß Deutschland in wenigen Jahren Europa östlich und südlich des Rheins und Asien bis nach Japan beherrschen werde. Die Friedensverhandlungen in Paris hätten allenthalben in Osteuropa lebhafteste Sympathien für Deutschland geschaffen. Ein sofortiger Friedensschluß auf der Grundlage der 14 Punkte hätte diese Kalamität für die Entente verhindern können.

Die „neutrale“ Westschweiz.

Genf, 30. Juni. In Genf und anderen Städten am Genfer See wurde, wie die „Südb. Zeitung“ meldet, die Friedensunterzeichnung durch Flaggenschmuck der Häuser, Festkonzerte und Fackelzüge gefeiert. In der deutschen Schweiz fand keine Kundgebung statt. Der Beginn der Tätigkeit des Sekretariats des Völkerbundes ist auf 1. September vorgesehen. Oberst House wurde zum ersten Vertreter der amerikanischen Union am Sitze der Völkertage ernannt.

Der neue Reichsministerpräsident über das Programm der Reichsregierung.

Berlin, 1. Juli. Einem Vertreter der „Deutschen Wltz. Ztg.“ machte Reichsministerpräsident Bauer über die politischen Auffassungen und das Programm der Regierung Mitteilungen, denen zufolge sie die Hauptaufgaben darin erblicke, den enormen Anforderungen unserer Friedensvertragsverpflichtungen gerecht zu werden und die Grundlagen eines neuen sozialen Wohlfundes zu legen. Die wirtschaftspolitischen Kampfsiele und Kampfmethoden des alten Staates, Lohnkämpfe, Streiks und Aussperrungen erhielten eine andere Bedeutung. Es müßten die Mittel gefunden werden, im gemeinsamen Interesse die das Allgemeinwohl schädigenden wirtschaftlichen Streitigkeiten durch Schiedspruch autoritativ zu erledigen. Die Regierung strebe darnach, einen gerechten Ausgleich zwischen Lohn- und Arbeitsfragen mit dem staatlichen Interesse zu finden, daß überhaupt gearbeitet werde. Dieses Programm werde zugleich für die moralische Stellung Deutschlands nach außen: Aus der ausgezweigten militärischen Abrüstung würden wir eine wirtschaftliche Kräftigung machen und hoffen dadurch, unsere Gegner am schnellsten dahin zu bringen, unserem Beispiel zu folgen, und ebenfalls abzurufen. Auch die Idee des Völkerbundes habe ihre besten Wurzeln im sozialen Arbeitsstaat; denn es gäbe kein festeres und haltbareres Band als die internationale Arbeitsgemeinschaft und das Interesse an einem ungeführten und durch keine Kriege unterbrochenen Austausch der Güter.

Die Erklärung des Reichsministers Bell.

Berlin, 1. Juli. Von zuständiger Seite geht uns folgende Erklärung zu: Zu der in einigen Berliner Blättern geltend gemachten Unterredung der Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell mit einem Vertreter der „United Press“ sei bemerkt, daß eine Unterredung zwischen diesem und dem Reichsminister Hermann Müller nicht stattgefunden hat. Dem Reichsminister Dr. Bell sind von dem betreffenden Vertreter der amerikanischen Agentur folgende Fragen vorgelegt worden: 1) Ob Deutschland, nachdem die Unterzeichnung des Friedensvertrages ohne jeden Vorbehalt erfolgt ist, ihn erfüllen werde? 2) Ob Deutschland den Kaiser und die che-

elene
geber
h anzu-
Frau.
edwig,
nung.
von hier und
Anzeige, daß
Hirsch
ffnen werde
Chr. Weber.
Hof.
8 Uhr:
aters“.
ms“.
Schubert
ben ein“,
blümlein
u. a. m.
Sperr-
Wk. 2.—,
1.—.
1/2 Uhr.
vormittags
Stallung im
kaffiger
binnen,
Rübe,
stiere,
cht einladet
engart.
kaufen:
t. Ziegen
unter 2 neu
äfin
higen Jungen
bt die Geschäfts-
les.

maligen Offiziere ausliefern werde? 3) Was Deutschland gegenüber Polen und den dortigen kriegerischen Maßnahmen tun werde? — Der Reichsminister Dr. Bell hat die Fragen wie folgt beantwortet: Was wir unterzeichneten, wollen wir halten. Das deutsche Volk wird alles versuchen, um die Friedensbedingungen zu erfüllen. Wir glauben, daß die Entente in ihrem eigenen Interesse finden wird, daß es nötig sei, diejenigen Friedensbedingungen abzuändern, von denen sie selbst erkennen, daß es unmöglich sei, sie zu erfüllen. Wir glauben, daß die Entente nicht auf die Auslieferung des Kaisers und der hohen Offiziere bestehen wird. Die Reichsregierung wird in keiner Weise einen Krieg gegen Polen unterstützen.

Am Grabe unserer Wirtschaft.

(W.B.) Essen (Ruhr), 30. Juni. In der heutigen ordentlichen Hauptversammlung des Bergbauvereins wies der Geschäftsführer in seinem Geschäftsbericht — in einem Ueberblick auf die Zeit nach der Revolution eingehend — auf die furchtbare Lage des Ruhrgebiets seit Ende vorigen und Anfang dieses Jahres hin. In der Zeit vom November bis zum 30. 1., das sind rund 140 Arbeitstage, sei nur an 22 Tagen nicht gestreikt worden. An Schichten seien 6,8 Millionen verloren gegangen. Der Förderungsausfall habe sich auf 3,3 Millionen Tonnen und der Ausfall an Lohn auf 96 Millionen M. belaufen. Was wir aus den Trümmern der Revolution geerbt hätten, das sei uns jetzt vom Feinde genommen worden. Unsehr Borräte an Steinkohlen würden infolge der Brutalität, auf die Dauer auf die Erdrosselung des deutschen Volkes abzielenden Friedensbedingungen von 195 Millionen auf 78 Millionen Tonnen zurückgebracht werden. Die Förderung von Steinkohlen, die im Jahre 1913 190 Millionen To. betrug, werde sich in Zukunft auf 91 Millionen To. belaufen; denn 60 Millionen To. gingen allein durch die Abtretung deutschen Landes verloren und ferner müßten 43,8 Millionen To. auf Grund der Friedensbedingungen an die Entente ausgeliefert werden. Während der industrielle und gewerbliche Bedarf in dem verkleinerten Deutschland vor dem Kriege 63 Millionen To. betrug, würden hierfür in der Folge nicht mehr als 10 Millionen To. zur Verfügung stehen. Mit diesen Zahlen eröffne ich ein geradezu trostloses Ausblick. Die Folgen lägen auf der Hand. Da Deutschland mit Rücksicht auf die ganze Lage des Weltkohlenmarktes und im Hinblick auf die eigene Zahlungsunfähigkeit gar nicht in der Lage sei, den Fehlbetrag von 53 Millionen To. aus dem Auslande zu beziehen, so müßten Millionen und Abermillionen Frauen und Männer aus Deutschland ins Ausland gewiesen werden; denn es fehle jede Möglichkeit, sie auf deutschem Boden zu ernähren. Unsere Gegner hätten ihr Kriegsziel, daß Deutschland aufhören müsse, König der Kohlen zu sein, erreicht. Wir ständen am Grabe unserer Wirtschaft!

Verhandlungen mit den Polen über die Gründung eines deutsch-polnischen Bundesstaats aus den abgetretenen deutschen Gebieten.

Thorn, 30. Juni. Die Verhandlungen der westpreussischen, deutschen und polnischen Volksräte mit dem obersten polnischen Volksrat dauern fort. Von deutscher Seite erstrebt man die Errichtung eines deutsch-polnischen Bundesstaates und in den von Preußen abgetretenen Gebieten eigene Verwaltung, angegliedert an Kongresspolen und Galizien. Die deutsche Beamenschaft wäre dadurch der großen Gefahr enthoben, nach einigen Jahren in die Gegenden Polens oder Galiziens verlegt zu werden. Die polnische Intelligenz Westpreußens sieht diesem Plan sympathisch gegenüber. Falls dennoch keine Einigung in diesem Sinne erfolgen würde, will der größte Teil der deutschen Beamenschaft polnische Dienste ablehnen und sich der preussischen Regierung zur Verfügung stellen. Die thornische Militärbeamten sind von der Militärbehörde aufgefordert worden, die Festung Thorn innerhalb 14 Tagen mit allem Mobiliar zu verlassen.

Polnische Enttäuschung über die Unterdrückung der polnischen Agitation in Schlesien.

Berlin, 30. Juni. „Dziennik Poznański“ schreibt, die Nerven der Polen seien ungeheuer gespannt in Erwartung der Entscheidung über Polens Westgrenze. Es frage sich, ob die Zugeständnisse an die Deutschen erträglich sein würden. Die jetzigen Massenverhaftungen in Schlesien seien auf eine Fälschung des Volkswillens berechnet, auch die Entblühung Schlesiens von polnischer Intelligenz. Die Vergeltung müsse einsehen, sonst gehe die polnische Intelligenz in den preussischen Gefängnissen zu Grunde und das Volk werde seiner natürlichen Führer beraubt. Ein energisches Auftreten der polnischen Behörden in Posen werde bestimmt die Tollheit der deutschen Behörden in Schlesien zur Besinnung bringen. — Hierzu wird bemerkt, daß die Polen in Posen sämtliche deutsche Rechtsanwältel jüdischer Konfession interniert haben, außerdem mehrere hohe Industrielle, so Dr. Cantorowicz.

Bolschewistische Angriffspläne gegen Finnland.

Helsingfors, 29. Juni. Die Bolschewisten entwickeln eine gesteigerte Tätigkeit. Sichtlich des finnischen Meerbusens fiel Krasnaja Gorka erneut in ihre Hände. Der finnländische Generalstab gelangte in den Besitz eines Angriffsplanes, der eine Eroberung des südlichen Finnlands mit den Städten Wiborg und Helsingfors durch eine Streitmacht von 25 000 Mann vorsieht und mit der Unzuverlässigkeit der regulären finnischen Truppen rechnet.

Fortschritte der Gegenrevolutionären in Südrussland.

Amsterdam, 30. Juni. „Daily Chronicle“ meldet, daß die Armee des Generals Denikin auf einer Front von 900 Meilen zwischen dem Caspischen Meere und der Krim an allen Stellen Fortschritte macht. Die Bolschewisten haben Biegorod, etwa 50 Meilen nördlich Charlow geräumt. Der Fall von Charlow steht unmittelbar bevor. Wie verlautet, ist auch der Ostteil von Jarzin von den Truppen Denikins eingenommen worden. Der linke Flügel Denikins hat Pawlograd erreicht und der Vormarsch dieses Flügels bedroht die bolschewistische Verbindung mit der Krim. Die Bolschewisten haben Grodofa in aller Eile geräumt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Mehl- und Brotversorgung.
Nachdem unsere eigenen Getreidevorräte aufgebraucht sind, ist die Herstellung von Kochmehl in üblicher Qualität unmöglich geworden. Es wird hierfür bis auf Weiteres gewöhnliches Weizenmehl zur Ausgabe gelangen, während die Kranken ein erstklassiges Krankermehl gegen besondere Bezugsmarken erhalten.

Den Brotmarken für den Monat Juli ds. Js. sind 3 Stück Anhilfsmarken angehängt, welche wie folgt bewertet werden: Anhilfsmarke I und II je 750 Gr. Brotmehl oder je 1000 Gr. Brot, Anhilfsmarke III 375 Gr. Brotmehl oder 500 Gr. Brot.

Die neuen Mehlorten sind etwa vom 7. Juli ds. Js. ab erhältlich und es treten von diesem Tag ab neue Mehl- und Brotpreise in Kraft, welche noch bekannt gegeben werden.

Calw, den 27. Juni 1919.
Kommunalverband: Oberamtmann Göss.

Oberamt Calw.

Regelung des Wohnungsmarktes in Stammheim.
Auf Grund der Verfügung des Ministeriums des Innern über die Regelung des Wohnungsmarktes vom 28. II. 1919 (Staatsanzeiger Nr. 50) wird für die Gemeinde Stammheim mit sofortiger Wirkung angeordnet:

1. Daß die Ueberlassung von Wohnräumen an Personen, die von auswärts zuziehen, und die Ingebrauchnahme durch solche nur mit Erlaubnis der Gemeindebehörde (Schultheißenamt) stattfinden darf, gleichviel ob das Recht auf die Räume, auf Miete, Hauskauf oder anderen Rechtsgeschäften ruht.
 2. Daß der Aufenthalt in der Gemeinde Stammheim bei Personen, die in Gasthöfen, Pensionen u. dergl. Wohnung nehmen, ohne Erlaubnis des Schultheißenamtes die Dauer von 2 Wochen nicht übersteigen darf und die Inhaber der Gasthöfe, Pensionen usw. verpflichtet sind, die fernere Beherbergung von Gästen nach Ablauf der 2 Wochen abzulehnen und sich zu diesem Zweck über die Dauer des Aufenthalts der Gäste in Gasthöfen usw. zu vergewissern.
 3. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Personen, die 1. in der Gemeinde Stammheim das Bürgerrecht besitzen, 2. infolge des Krieges den Wohnsitz in Stammheim aufgeben mußten, und wieder zurückkehren wollen, 3. dergestalt heimlos sind und nach Stammheim als ihre einstige Heimat zurückkehren wollen, 4. vor dem 1. I. 1919 bereits in Stammheim Wohnräume gemietet oder durch Hauskauf oder sonstige Rechtsgeschäfte dingl. Rechte an Wohnräumen erworben haben.
- Die Vorschriften über den Kurverkehr werden durch vorkommende Anordnungen nicht berührt.
- Calw, den 27. Juni 1919.
Oberamtmann Göss.

Die ungarischen Bolschewisten geben nach.

Budapest, 30. Juni. (Korr.-Bur.) Im Sinne der Entente note haben wir den Rückzug auf die uns aufgezwungene Grenze heute Vormittag 5 Uhr begonnen.

Vermischtes.

Die deutsche Auswanderung.

Im 19. Jahrhundert sind 6 bis 7 Millionen Deutsche aus Deutschland ausgewandert. Auch nach der Gründung des Deutschen Reichs hat die Auswanderungsbewegung angehalten. Im ersten Jahrzehnt hat eine halbe Million das Land verlassen; dann setzte in den 80er Jahren eine wahre Hochflut ein; von 1890 bis 1899 haben nicht weniger als 1 362 000 Personen dem Reich den Rücken gekehrt. 1890 bis 1900 war es auch noch mehr als eine halbe Millionen, und von 1910 bis 1913 sind immerhin noch 100 000 Menschen ausgewandert. Im ganzen hat das Reich seit seiner Gründung 2 860 000 Menschen so verloren. Der größte Teil der Auswanderer ließ sich in den Vereinigten Staaten nieder. — (So wird es auch diesmal gehen, das haben die Amerikaner doch schon lange gewünscht; denn sie brauchen billige und dabei intelligente und geschulte Arbeitskräfte.)

Schließung der Kruppwerke in München.

Berlin, 1. Juli. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus München: Das Kruppwerk in München tritt morgen in Liquidation. Die Schließung des Werkes erfolgt wegen der Unmöglichkeit eines wirtschaftlichen Betriebes, nachdem das Werk in 5 Monaten 3 Millionen Mark Ausgaben gehabt und nur für 300 000 Mark Werte erzeugt hatte. Die Amerikaner hatten sich für gesellschaftliche oder eigene Uebernahme des Kruppischen Werkes in München interessiert. Die Verhältnisse sind aber so ungünstig geworden, daß daran nicht mehr gedacht wird.

Generalstreik der schwedischen Buchdrucker.

Berlin, 1. Juli. Nach einer Stockholmer Meldung des „Berliner Tageblatts“ beginnt heute der Generalstreik der schwedischen Buchdrucker, der u. a. alle Zeitungen mit Ausnahme der linkssozialistischen „Politiken“ lahmlegt.

Folgeschwere Erdbeben in Oberitalien.

Vern, 30. Juni. Nach Florentiner Nachrichten wurde gestern nachmittags zwischen 3 und 6 Uhr die Gegend Toskana von zwei außerordentlich heftigen Erdbeben betroffen, die sich bis nach Pisa, Bologna und Venedig bemerkbar machten. Unter der Bevölkerung herrscht große Panik. Tausende kampieren im Freien. Am schrecklichsten heimgesucht ist das 30 Kilometer lange Tal des Mugello, durch das die Bahn Florenz—Faenza führt. Nach den letzten Nachrichten war die Wirkung des Bebens in einigen Gegenden katastrophal. Einige Dörfer sind vollständig zerstört worden. Auch in den Städten wurde erheblicher Gebäubeschaden angerichtet. Bis jetzt spricht man von 100 Toten. Militärische Hilfe ist aufgeboden worden.

Mailand, 30. Juni. Florenz ist am Samstag nachmittag um 5.15 Uhr durch das auch in Nordeuropa verspürte Erdbeben zu beträchtlichem Schaden gekommen. In den öffentlichen Versammlungen brach überall Panik aus. Mehrere Personen wurden durch stürzende Schornsteine verletzt, die Feuerwehre mußte an verschiedenen Stellen eingreifen. Im benachbarten Sommeraufenthaltsort Fiesole sind zwei Villen eingestürzt. Die Kathedrale von Borgo, Santa Lorenzo, ist zum Teil eingestürzt. In Rossna stürzte der Bahnhof und einige Häuser ein. In Lorella sind fast alle Häuser unbewohnbar. Viele Personen sind verschüttet. Das Dorf Bichio bildet nur noch einen Trümmerhaufen. In Santa Sofia sind 2000 Personen obdachlos. Die Bevölkerung des ganzen Landstriches ist in großer Aufregung und übernachtet im Freien.

Das Wiederaufleben der Streikbewegungen im Reiche.

Es hört nicht auf, bis das Volk völlig vernichtet ist.

Berlin, 30. Juni. (Ämtlich.) Besondere Vorkommnisse veranlassen mich, im Einverständnis mit dem preuß. Handelsministerium auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand allen in dem unter dem Belagerungszustand stehenden Gebieten gelegenen Waffen- und Munitionsfabriken, sowie Zwischenhändlern und Verkaufsstellen jeglichen Verkauf von Waffen, Munition und Sprengmitteln zu untersagen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine strengere Strafe androhen. Ausnahmen unterliegen meiner besonderen Genehmigung. Ich mache die Polizeibehörden für die Ueberwachung und Durchführung des Verbots verantwortlich und weise besonders auf scharfe Kontrolle der Verkehrsmittel hin. Der Oberbefehlshaber: (gez.) Noske.

Es muß gestreikt sein.

Berlin, 1. Juli. Sämtliche Berliner Straßen- und Untergrundbahnen, sowie ein Teil derjenigen im Kreise Teltow haben beschloffen, morgen früh in den Ausstand zu treten.

Berlin, 1. Juli. Das Betriebspersonal der Berliner Verkehrsunternehmungen hat sich mit großer Mehrheit für den Streik erklärt, sobald Berlin von heute ab wieder ohne Verkehrsmittel ist. Auch der Stadt- und Vorortverkehr ruht. Leider ist eine längere Dauer des Streiks zu erwarten. Auch der Streik der Eisenbahner von Groß-Berlin fladert wieder auf. Die Metallarbeiter und Holzarbeiter bereiten eine Sympathiekundgebung vor. In den Versammlungen der streikenden Eisenbahner wurde seitens des Streikkomitees u. a. geraten, auch die Kohlen- und Lebensmittelzüge nicht mehr zu besetzen.

Streikdrohung der Bankbeamten.

Berlin, 1. Juli. Karl Ernonts, ein Führer des Reichsverbandes der deutschen Bankbeamten, ist verhaftet worden. Der Verband bezeichnet diese Maßnahme als unerhörte Provokation der gesamten Bankangestellten, die zu den schlimmsten Folgen für das Bankgewerbe und somit für das gesamte Wirtschaftsgeschehen führen würde. In einer Versammlung der Groß-Berliner Bankbeamten wurde die sofortige Freilassung Ernonts gefordert, andernfalls die Bankbeamtenchaft Dienstag Mittag 11 Uhr in den Ausstand treten würde.

Die Unabhängigen rüsten zu neuem Bürgerkrieg.

Berlin, 1. Juli. Die Morgenblätter erfahren zuverlässig, daß der Eisenbahnerstreik von den Kommunisten mit dem Geld der ungarischen Räterepublik gemacht worden sei. Ein Teil dieses Geldes ist auch nach Hamburg gegangen. Eichhorn, der bekannte ehemalige Polizeipräsident von Berlin, soll die Hauptleitung des Streikes in den Händen gehabt haben. Gestern Nachmittag fanden in Groß-Berlin von der Leitung der U.S.P. einberufene Versammlungen statt, in denen u. a. Haase und Wolf Hoffmann sprachen. In den Ausführungen traten sie neuerlich für die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein und forderten die Arbeiterschaft auf, in entscheidender Stunde bereit zu sein.

Der Ursprung der Streikbewegungen.

Berlin, 30. Juni. Von unterrichteter Stelle wird mitgeteilt: Am 30. Juni hat sich die Streiklage im Allgemeinen eher verschärft, als gebessert. Der Verkehr hat sich zwar ungefähr im bisherigen Umfang aufrecht erhalten lassen, aber die Stimmung ist, soweit sich das beurteilen läßt, ungünstiger geworden. Die Haltung der Organisationen ist zwar offiziell nach wie vor durchaus ablehnend gegen den Streik. Eine Vertrauensmännerversammlung der Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten hat sich sogar heute mit überwiegender Mehrheit gegen den Streik ausgesprochen; aber es zeigt sich leider immer wieder, daß die Organisationen nicht die Führung in der Hand haben. Die Führung befindet sich bei ganz anderen Leuten, die gewissermaßen die Menge der Beamten und Arbeiter für ihre eigenen dunklen Zwecke zu mißbrauchen sich bemühen. Es muß immer wieder betont werden, daß die ganze Streikbewegung lediglich eine politische ist, die auf den Sturz der Regierung und die Herbeiführung kommunistischer Ziele gerichtet ist. Es ist kaum Grund, daran zu zweifeln, daß bekannte kommunistische und unabhängige Führer hinter der Bewegung stehen. Auch an Geldmitteln scheint es ihnen nicht zu fehlen. An alle Beamten und Arbeiter, wie an die ganze Bevölkerung muß darum die dringende Mahnung gerichtet werden, sich nicht von diesen dunklen Elementen mißbrauchen und irreführen zu lassen. Die Anstifter eines neuen Verkehrsstreikes im jetzigen Augenblick begehen ein Verbrechen nicht nur am Lande, sondern ein Verbrechen an Leben und Gesundheit der Bevölkerung, der Frauen, Kinder und Kranken besonders. Jeder Beamte und Arbeiter sollte sich der Erfahrungen der letzten Monate vor Augen halten: die Führer der Bewegung sind im entscheidenden Augenblick verschwunden und die Menge der Arbeiter und Beamten sind die Leidtragenden. Schon jetzt trifft sie der Verlust der Arbeitslöhne; auch die Gehälter der Beamten mit ein nach dem Gesetz für die Streikstage verfürst werden. Bricht der Streik erst aus, dann ist es fraglich, ob alle bisher in den Betrieben Beschäftigte ihren Arbeitsplatz werden wieder einnehmen können.

nachmittag um
Erdbeben zu be-
Versammlungen
durch stürzende
hiedenen Stellen
et Fiesolo sind
gla, Santa Lo-
er Bahnhof und
er unbewohnbar.
bildet nur noch
90 Personen ob-
s ist in großer

Folgen des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 30. Juni. Bei der Besetzung des Verschiebebahnhofs Nichtenberg durch ein Kommando der Reichswehrtruppen wurden mehrere Waggon mit Pferden, Ochsen und Kleinvieh vorgefunden, die längere Zeit dort allem Anschein nach gestanden hatten, ohne daß sich jemand um die Tiere bekümmert hätte. Eine Anzahl Tiere war bereits verendet. Andere konnten nur mit Notschlachtung der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Dem schnellen Eingreifen der Soldaten gelang es, die übrigen Tiere vor dem völligen Verderben zu retten. Leider ist dieser Vorfall (eine Folge des Eisenbahnerstreiks) nicht der einzige seiner Art.

Die deutschen Gewerkschaften zum Eisenbahnerstreik.

Nürnberg, 28. Juni. Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die am 28. Juni vor dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg zusammengetreten ist, beschloß gegen eine Stimme, dem Kongress am Montag folgende Resolution zur Beschlußfassung zu unterbreiten: Der Reichswirtschaftsminister hat am 26. Juni angesichts des drohenden Eisenbahnerstreiks eine Verordnung erlassen, die einem Teil der Eisenbahner bis auf weiteres das Streikrecht entzieht. Der Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erkennt an, daß der Streik der deutschen Eisenbahner gegenwärtig unserer dämmernden Wirtschaftslage unermesslichen Schaden zufügt und die Leben der Arbeiterklasse durch Herbeiführung der allgemeinen Verarmung gefährdet muß. Der Kongress lehnt ebenso wie die zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner jede Gemeinschaft mit dem bereits ausgebrochenen, von unverantwortlichen Kreisen hervorgerufenen wilden Streiks ab. Gleichwohl erhebt der Gewerkschaftskongress Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Beseitigung des Streikrechts der Eisenbahner, das allen Arbeitern und Angestellten Deutschlands als Errungenschaft der Revolution zuzählt. Die vorliegende Verordnung ist zudem unzulässig, weil Ausstände nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung verhindert werden können, und nur unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu lösen sind. Da die Eisenbahner und auch die gesamte Arbeiterklasse nicht der Gewerkschaftskongress den dringenden Aufruf, ihre Interessen nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und in Anbetracht der trostlosen Lage Deutschlands, besonders seiner Arbeiterklasse, wilde Streiks zu unterlassen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 1. Juli 1919.

Der württ. Staatshaushaltsplan für 1919.

Dem Landtag ist der Entwurf zum Staatshaushaltsplan für 1919 mit einem Begleitföhrer des Finanzministers zur Beratung und Beschlußfassung zugegangen. Aus dem Begleitvortrag ist zu ersehen, daß sich bis zum Ausgang des Kriegs die württ. Staatsfinanzen gut entwickelt haben. Nicht nur konnten aus dem freien Restvermögen die staatlichen Aufwendungen für Kriegswohlfahrtspflege und eine Reihe sonstiger außerordentlicher Staatsausgaben bestritten, auch das Betriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse von 8 auf 12 Millionen M. erhöht, sondern auch aus den Ueberflüssen zwei Fünftel, insgesamt 27 850 228 M., zur außerordentlichen Schuldentilgung oder zur Verrechnung auf verwilligte Anleihen verwendet werden. Der neueste Stand der Restverwaltung beläuft sich auf 20 078 275 M. Die laufende Verwaltung für 1918 wird voraussichtlich mit einem tatsächlichen Fehlbetrag von 25 Millionen abschließen, gegenüber dem veranschlagten Fehlbetrag von 34 262 352 M. und den großen einmaligen Teuerungsausgaben (2,4 Millionen M.) ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis. — Der Haushaltsplan 1919 ist, wie in den Kriegsjahren, wieder als Notplan aufgestellt. Er schließt mit dem ungeheuren Fehlbetrag von 149 Millionen M. ab, der vor allem durch die Verkehrsanstalten verursacht ist, die, trotz der von der Eisenbahnverwaltung am 1. April 1919 durchgeführten Tarifserhöhungen einen Abmangel von 102 1/2 Millionen M. (96,5 Mill. M. Eisenbahnen unter Einschluß der Teuerungszuwendungen an die Beamten, 5,7 Millionen M. Posten und Telegraphen) aufweisen. Der Fehlbetrag von 149 Mill. M. muß daher durch gewaltige Steuererhöhungen gedeckt werden, die bis zur Grenze der Belastungsfähigkeit hinaufgehen müssen. Sämtliche Hauptsteuern des Staates haben dabei herzuhalten: vor allem ist es die Einkommensteuer; bei ihr soll der bisher nur auf 105 bis 130 Prozent erhöhte Einheitsfuß nun in allmählichem Aufsteigen von 150 bis auf 500 Prozent, bei Aktienbesitzern bis auf 600 Prozent gesteigert werden. Bei der Vermögenssteuer ist vorgesehen, den bisherigen einheitlichen Satz von 1 v. T. des Vermögens von 50 000 M. ab bis auf 5 v. T. zu steigern. Und schließlich ist vorgeschlagen, die Kapitalsteuer sowie die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer gleichmäßig von den bisherigen 2,1 Prozent auf 4 Prozent hinaufzusetzen und gleichzeitig für das Rechnungsjahr 1919 die Abzüge am Kataster der Weinberge und der übrigen Grundstücke in Höhe von 40 Prozent und 20 Prozent aufzuheben. Auch war es geboten, nach dem Vorgang bei der Gehaltsaufbesserung von 1911 die den Staatsbeamten usw. und Staatsarbeitern, sowie den Gemeinde- und Körperschaftsbeamten und -arbeitern mit Rückwirkung auf 1. April 1919 verwilligten fortlaufenden Teuerungszuwendungen und Lohnerhöhungen noch für das Rechnungsjahr 1919 zur Einkommensteuer heranzuziehen. Trotz der gewaltigen Steuererhöhung ist daraus nur mit einem Mehrertrag von 126 Millionen M. zu rechnen. Bei Gegenüberstellung des Staatsbedarfs mit 197 619 377 M. und der Einnahmen verbleiben als schließlicher Fehlbetrag 23 117 449 M., der, wie der für das Rechnungsjahr 1918 zu erwartende Fehlbetrag nur durch außerordentliche Mittel zu decken und daher nach dem Finanzgegenwurf zunächst aus dem Betriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse vorzuschießen und nötigenfalls durch Ausgabe von Schatzanweisungen oder Wechseln aufzubringen ist. Eine andere Deckung ist vorerst ausgeschlossen.

Die württ. Regierung zur Annahme der Friedensbedingungen.

Stuttgart, 27. Juli. Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung legte Staatspräsident Loss der Volksvertretung in einer Rechtfertigungsrede den Standpunkt der württ. Regierung

dar, die diese in Weimar bei der Entscheidungsfrage, ob der Friedensvertrag anzunehmen ist oder nicht, einnahm. Nach seinen Mitteilungen sind die drei süddeutschen Staaten in enger Fühlungnahme geblieben; speziell Baden und Württemberg sind aus den bereits bekannten Gründen für Unterzeichnung eingetreten. Er meinte, daß ein Selbstbekenntnis Deutschlands, am Kriege allein schuldig zu sein, nicht die Bedeutung habe, die man ihm zuschreibe, weil eben der Vertrag von der Entente erzwungen worden sein. Ueber die Frage werde die Weltgeschichte entscheiden, nicht aber die Staatsmänner des Verbandes. Um zu zeigen, daß es für die durch eine Koalition von Mächten unterdrückten Völker nur darauf ankomme, wie sich die Verhältnisse dieser Mächte entwickelten, wies der Staatspräsident auf Polen, das heute ein großer, unabhängiger Staat geworden ist, während es früher der Zankapfel der europäischen Mächte war. Er wies die Ansicht eines Berliner Blattes von sich, als ob Deutschland tot sei; mit einem gewissen Optimismus, der aber nur berechtigt ist, wenn mindestens jeder gewissenhaft seiner Arbeitspflicht nachkommt, lenkte er die Blicke des Hauses auf die düstere Zukunft. Die Ausführungen wurden von Präsident Keil ergänzt, der den Frieden einen von der Entente Deutschland abgepreßten Gewaltfrieden nannte und ebenfalls betonte, daß es jetzt gelte, daß jeder seine Neigungen, Wünsche und Interessen hinter das Wohl des Volksganzen zurückstellen müsse. Beide Redner fanden die Zustimmung des größten Teils des Hauses. Die Anfrage des Bauernbundsabgeordneten Haag über eine Abschmähung des Weingesetzes durch erweiterte Zulassung von Tresterweinen usw. war nach einer Erwiderung des Ernährungsministers rasch erledigt, der versprach, dafür zu sorgen, daß der eheliche Weinbau durch gesetzliche Regelung vor unehrlicher Konkurrenz geschützt werde. Das Notgesetz über eine vorläufige Neuerung des Staatshaushalts für 1919 wurde ohne Debatte in erster, zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Da der Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes für 1919 dem Landtag noch nicht vorgelegt werden konnte, so war die Vorlage eines Notetats, der mit dem heutigen Tag seine Geltung erhält, notwendig. Ueber die schnelle Verabschiedung des Gesetzentwurfs betr. Abänderung des Sporttarifs, die nunmehr eine Luftsportsteuer von 25 Prozent für die Kinematographen und von 3 Prozent für die übrigen Veranstaltungen vorseht, waren sich alle Parteien einig. Der Zentrumsabgeordnete Weber beantragte eine vorherige Kommissionsberatung, da das Zentrum eine wesentliche Änderung an dem Entwurf vorgenommen wissen wollte. Er zog jedoch seinen Antrag zurück, als der Finanzminister und die Redner der anderen Fraktionen sich dagegen ausgesprochen. Das Gesetz fand sodann in erster, zweiter und dritter Lesung gegen die unabhängigen Stimmen Annahme; es tritt bereits am 27. Juni in Kraft. Die Festsetzung des Termins der nächsten Sitzung bestellte sich der Präsident vor.

Der Landesausgleich des Bundes der Landwirte gegen die Zwangswirtschaft.

Stuttgart, 30. Juni. Am gestrigen Sonntag fand hier eine vom ganzen Lande zahlreich besuchte Landesausgleichung statt, in der der gegenwärtige Stand der Bundesangelegenheiten und zu den wichtigsten Fragen der Zwangswirtschaft Stellung genommen wurde. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die vom Reichsernährungsminister durch Verordnung vom 17. Juni mit sofortiger Wirkung verfügten Schlachtviehpreise für Rinder müssen selbstverständlich auch für Württemberg maßgebend sein, und wir erwarten von der Fleischverorgungsstelle die Ausbezahlung dieses Preises für alle Anlieferungen vom 17. Juni ab. 2. Für das kommende Wirtschaftsjahr fordern wir die Freilassung der Schweine von Höchstpreisen und Absatzbeschränkungen. 3. Der sofortige Abbau der Zwangswirtschaft ist endlich in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Wir sind mit der in Aussicht gestellten Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 in keiner Weise einverstanden. Folgende Mindestforderungen sind die Vorbedingungen einer Regelung der Ablieferung: a) Freigabe von mindestens 20 Zentnern Gerste, b) Aufhebung der ungenügenden Nationierung sowie der lästigen Bestimmungen der Mühlenkontrolle für die Selbstverföhrer, c) Freigabe eines der Getreideernte und der Größe des Betriebs entsprechenden Lieferungslohs. Eine Ersatzpflicht im Falle der Nichtlieferung darf nur in der Höhe des einfachen Marktpreises zulässig sein und nicht, wie es in der neuen Getreideordnung vorgesehen, des doppelten Marktpreises, d) Preisbildung durch Sachverständigenausschüsse mit Vertretung von Landwirten, insbesondere von kleineren und mittleren. Die bis jetzt genannten Getreidehöchstpreise sind durchaus ungenügend, e) Für Kartoffeln dürfen keine Höchstpreise, sondern nur Höchstpreise festgesetzt werden, bei deren Festsetzung Vertreter der Produzenten stets beizuziehen sind, f) Obst und Wein sind von jeder behördlichen Erfassung und von Eingriffen bei der Preisbildung freizulassen. Die gesamte württembergische Landwirtschaft steht hinter diesen Forderungen. Sie wird mitwirken, um die Schwierigkeiten der Volksernährung zu lindern. Bei der Ablehnung dieser Forderungen wird dagegen nicht mehr verhindert werden können, daß die Landwirte den Weg der Selbsthilfe betreten. Die Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen trägt die Regierung.“ Diese Erklärung soll sofort dem Reichsernährungsminister, dem württ. Ernährungsminister, sowie allen in Betracht kommenden Stellen überhandt werden.

Vorbereitungen auf eine zweite Revolution.

Stuttgart, 29. Juni. In der letzten Sitzung der Gemeindefraktion gab Arbeiterrat Reinhardt auf Anfrage die bekannte Erklärung ab, daß die kommunistische Partei keine Absicht habe, mit Gewalt Putsch zu arrangieren, weil man sich zu der Ansicht durchgerungen habe, daß es zwecklos wäre, lokale Putsch zu veranstalten. In einer öffentlichen Versammlung der Unabhängigen in Singen erklärte aber Reinhardt laut „Volkstreu“, daß in den kommenden Wochen eine zweite Revolution die jetzige Regierung stürzen und die Arbeiterregierung aufrichten werde. Auch vor Kampf und Blut werde man nicht zurückweichen. Jetzt hat laut „Sechblatt“ der Genosse Karl Eisel u. a. öffentlich angeführt, daß die Mitglieder der USP. in Deutschland jetzt alles unternehmen müssen, um die Regierung Bauer und Genossen zu stürzen. An ihre Stelle müsse

eine wirklich revolutionäre Regierung kommen, eine Regierung, die in erster Linie ein Bündnis mit Ungarn und Rußland schließt. Weiter ist zu fordern die Bestrafung der am Weltkrieg schuldigen Deutschen einschließlich der Volksvertreter und sofortige Sozialisierung, die innerhalb 24 Stunden durchgeführt werden kann. Um zur Macht zu kommen, ist aber gegenwärtig eine Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden. Nur durch eine Gesamtoffensove und nicht durch Teiloffensiven, Ausstände, Putsche u. dergl., wie sie derzeit in Hamburg, Berlin und anderen Orten eifelhast inszeniert werden, wird der Weg geebnet. Als Träger der revolutionären Gewalt kommen f. B. dann nur die wirklich revolutionären Kampfgenossen in Betracht, die heute schon die Garantie dafür übernehmen, daß für die große Masse der Arbeiter bessere Zeiten anbrechen. Mit einem warmen Appell zur Sammlung der Kräfte auf den Tag der Mobilmachung, für den eventuell auch das Herzblut eingesetzt werden muß, schloß der Redner seine mehr als zweistündigen Ausführungen. Aus ihnen geht nun unzweifelhaft hervor, daß die Unabhängigen sich für eine zweite Revolution rufen, in der sie auch „vor Kampf und Blut nicht zurückweichen“.

Nutzenmäßiges Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.

Neben dem Hochdruck machen sich fortgesetzt leichte Störungen bemerklich. Am Mittwoch und Donnerstag ist zeitweilig aufsteigendes, dann wieder bedecktes, mäßig warmes und strichweise regnerisches Wetter zu erwarten.

* Althengstett, 1. Juli. Auf bisher unaufgeklärte Weise ist der 26 Jahre alte Landwirtssohn Otto Schwarz von hier in einem der Eiseben der Hillerschen Brauerei, die in der Nähe des Anwesens des Gutbesizers Dettinger in Calw liegt, ums Leben gekommen. Er ging am Sonntag Morgen von zu Hause weg, um in Calw einige Besorgungen zu machen, und scheint aus unbekanntem Grund — es wird angenommen, daß er austraten mußte — in den abseits vom Wege hinter einer Tannenanlage liegenden See geraten zu sein. Da er im Kriege ein Auge verloren hat, ist es möglich, daß er über dort vorhandene Baumstämme gestolpert, und in den See gefallen ist, denn auch sein Schirm lag im Wasser. Er muß dann eine Herzlähmung erhalten haben, weil ein unmittelbares Getrinken bei dem dortigen Wasserstand von etwa 50 Zentimeter nicht möglich war. Seine Leiche wurde etwa 1 Stunde nach dem wahrscheinlich eingetretenen Unglücksfall gefunden. Beweggründe für einen freiwilligen Tod oder Anzeichen gewaltsamer Einwirkung von dritter Seite waren nicht vorhanden.

(Stuttg.) Stuttgart, 30. Juni. Die Musiker im Cafe Olga sind, da ihnen von dem Besitzer ein freier Tag in der Woche verweigert wurde, in den A u s s t a n d getreten.

Stuttg., 28. Juni. Nach den Mitteilungen, die Stadtschultheiß Eberle in der letzten Gemeinderatssitzung machte, ist beim Brand in der Mechanischen Flachspinnerei die halbe Flach- und Hanfernte Württembergs vernichtet worden. Es sollen energische Schritte unternommen werden, um die 450 Arbeitslosen möglichst bald wieder unterbringen zu können.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die prägfegliche Verantwortung.

Unterriedenbach, 30. Juni. In Nr. 146 der „Schwab. Tagwacht“ erschien ein Artikel, in dem der ungenannte Schreiber sich über die Leitung der Milchsammeleie, die am 1. Juni hier in Betrieb genommen wurde, beklagt; nun führt dieser an, daß die sogen. „besseren“ Kreise vom ersten Tage an bevorzugt worden seien, indem diesen die Milch schon am Abend frisch von der Kuh weg abgegeben worden sei, während die Arbeiter bis zum nächsten Mittag hätten warten müssen, Gerade das Gegenteil ist der Fall, nämlich wurde die Milch, die von den hiesigen Kuhhaltern am Morgen des 1. Juni abgeliefert wurde, wie auch diejenige, die mit dem Mittagzug von auswärts hier eintrifft, an die Versorgungsberechtigten, von 12 Uhr mittags an ausgegeben, und erst am Abend belamen solche, die mittags keine Milch erhielten, solche zugeteilt von der eben abgelieferten. Wenn nun der Artikelschreiber mit „seiner Brille“ unter diesen Leuten einige von den „besseren“ Kreisen zu sehen glaubte, so ist es doch zu weit gegangen, wenn er einfach die Tatsache so auf den Kopf stellt. Was der Artikelschreiber über „Bergünstigung“ bei Abgabe des Quantums berichtet, ist auch total aus der Luft gegriffen, was jedenfalls die inzwischen eingesetzte Kommission bestätigen muß. Zu sagen wäre noch: Was heißt denn in Unterriedenbach bessere Kreise? Hier arbeitet so ziemlich alles um sein täglich Brot und hat jeder sein gut Teil zu tragen; es ist doch wahrlich die gegenwärtige Zeit nicht dazu angetan, sich gegenseitig das Leben noch mehr zu versauern. Diese Gefügigkeiten sollten endlich aufhören und mehr „Gleichheit und Brüderlichkeit“ plaggreifen.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der A. Blöschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Farbige

* * * * *

Baumwollflanelle

für Hemden und Hosen

Mk. 3.55 bis Mk. 13.40 d. Meter.

* * * * *

rohe und weiße Tücher

für Leib- und Bettwäsche

gute Ware in verschiedenen Preislagen.

* * * * *

Paul Röchle, A. Steudle,

* * * * *

vormals

Calw am Markt.

* * * * *

**Forstamt Hirsau.
Brennrinde- und
Stammholz-
Verkauf.**

Am Freitag, den 4. Juli
Nachm. 4 Uhr werden im
"Schwanen" in Hirsau aus
Staatswald Rohmittel, Lang-
röh und Nöhtrah: 40 Km.
Lannen-Brennrinde; aus
Langemauer 1 Tanne II. Kl.
mit 2 Sm. (bestellt) verkauft.

Heirats-Gesuch.

Witwer, ev., anf. 50er, mit
eigenem Haus und 2 noch schul-
pflichtigen Jungen, sucht mit
einem alt. Fräulein od. Krieger-
witwe mit etwas Vermögen,
zwecks späterer Heirat in Brief-
wechsel zu treten und erbittet,
alle ernstgemeinte Anträge unt.
S. B. 400 an die Geschäfts-
stelle ds. Bl. zu richten.

Tanzlehrbuch
lehrt alle modern. Tänze. M. 2.50.
Ufa Verlag München 23/60.

Feinste Zahnpasta
in Glasdosen und Tuben.

**Zahnpulver, Zahn-
bürsten u. Mundwasser**
empfehlen

R. Genthner, Friseur-
geschäft, Bad Liebenzell.

**Natur-
Haarzöpfe**
in allen Farben empfiehlt
Friseur Obermatt, bei der
kath. Kirche.

**Achtung!
Ziehharmonikas,**
31 Stück gebrauchte, von
10 Mark an hat zu verkaufen
Ziehharmonikamacher
Gebr. Hohner, Pforzheim,
Bergstraße 27.
Umtausch gestattet.

Nähfabriken, schwarz und weiß,
beste Zellstoffware, 10 Rollen
10 M. 4 Proberollen M. 4.40.
H. Flügge, München 45 82.

Prima
Sauerkraut
Pfund 20 Pfg.
eingemachte
Bohnen
(Salzbohnen) Pf. M. 1.30
empfehlen
Pfannkuch & Co.

**3-4 Zentner
Kartoffel**
zu kaufen gesucht evtl. einzul-
tauschen gegen reinen Apfelsaft.
Hans Waldeck, Hirsau.

**200 Liter
Most**
hat zu verkaufen.
Wer, sagt die Geschäftsstelle
des Blattes.

Schönes, frisches
Pferdefleisch
ist von Morgen ab zu haben bei
Metzger Gadenheimer,
Hirsau.

Verlaufen
hat sich mein
Salz- u. Pfefferpfeffer
und erbitte Nachricht über dessen
Verbleib.
Karl Handte, Ernstmühl.

Verlaufen
hat sich ein brauner
Dobermann (Rübe)
mit Zughalsband. Vor An-
kauf wird gewarnt.
Abzugeben bei
Emil Nagasse, zum Köhler,
Neuhengstett.

Sommerliche
**3-Zimmer-
Wohnung**
von kleiner, ruhiger Familie
auf 1. Oktober zu mieten
gesucht.
Angebote unter F. E. 200
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Sofort oder später eine helle,
geräumige
Werkstatt
gesucht,
für ruhigen, sauberen Betrieb,
oder sonst ein dazu geeignetes
Lokal, aber nicht unter 30
Quadratmeter mit oder ohne
Wohnung.
Gefällige Angebote sind sofort
unter E. 201 an die Ge-
schäftsstelle des Blattes einzu-
senden.

**An- u. Verkauf v.
Liegenschaften.**
Wer ein Grundstück, Wohn-
oder Geschäftshaus, Landgut
aller Art zu verkaufen hat oder
kaufen will, wende sich an
Liegenschaftsagentur
Christian Herler
in Eshausen, O. U. Nagold

Weg. Entbehrlichkeit verkaufe
**1 Kinderbettstühle mit
Matratze, 1 Kinder-
wagen, 1 Kinderport-
wagen, 1 Kinderfessle,
1 Kommode, 1 Tisch,
1 Reisehörble.**
Haaggasse 192, 1. Stod.

**Mitteilungen
Rundschreiben
Preislisten**
liefert die Druckerei
dieses Blattes.

Bodenöl,
ist hell,
staub- und geruchsfrei, empfiehlt
Wilh. Wohlheber,
Liebenzell.

Eine weiße, hornlose, gute
Milchziege
hat zu verkaufen.
Borstadt 271.

Stammheim.
Zwei schöne
**Läufer-
schweine**
setzt dem Verkauf aus
Friedrich Mann.

**Bodenöl, Putztücher, Stahlspäne,
Bodenwische, foto. sonst. Pubartikel**
empfehlen
Fr. Lamparter.

Landwirte!
Durch das große Lager in
**Maschinen, Geräten und
Ersatzteilen,**
jerner durch die
**neuzeitlich eingerichtete
Werkstatt**
bietet die Firma
Max Jäger, Weidenstadt,
dem Landwirte die größten Vorteile.
Telefon 41.

Wir suchen
eine **Person,** die täglich um 4 Uhr
nachmittags von
Station Leinach nach Neubulach geht,
die bereit wäre, jeweils unsere Blätter mitzunehmen
und auf dem Postamt Neubulach abzugeben.
Verlag des Calwer Tagblattes.

Für einen fleißigen, aber
schwachbegabten jungen Mann,
wird dauernde
**Beschäftigung
bei einem Landwirt**
bis 1. August gesucht.
Ankunft erteilt der Pfleger
Jakob Kirchherr, Zimmer-
mann, Stammheim b. Calw

Ein junger
Hausbursche
wird für sofort oder 1. Juli
gesucht.
Gasthaus zum Lamm,
Liebenzell.

Ein altertüchtiges
**Maschinen-
Modell**
hat abzugeben. Wer sagt die
Geschäftsstelle des Blattes.

Altbulach.
Zwei schöne
**Läufer-
schweine**
setzt dem Verkauf aus.
Christian Mast.

Zwei 6 jährige
Fuchs-Stuten
noch gut im Zug, zum Ein-
spannen sehr geeignet, verkauft
unter jeder Garantie.
Karl Nagasse, Neuhengstett.

Verkaufe
1 Pferd,
schwarzbrauner Wallach, ver-
trauter Einspanner, unter voller
Garantie.
Fritz Härdter, Holzbronn.

Biehelsberg.
Zu verkaufen ein schönes,
jähriges
**Stut-
Fohlen.**
M. Dehlschlager.

Althengstett, den 30. Juni 1919.
Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten
die schmerzliche Nachricht, daß unser innigstgeliebter
Sohn, Bruder und Schwager
Otto
im Alter von 26 Jahren am Sonn-
tag, den 29. Juni ds. Js. durch
Unfall auf unerklärliche Weise ertrunken ist.
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie Jakob Schwarz, Bauer.
Beerdigung Dienstag Nachmittag 2 Uhr.

Altburg, den 1. Juli 1919.
Todes-Anzeige.
Dem lieben Gott hat es gefallen, unseren lieben
guten Vater und Großvater
Philipp Frommer
Veteran von 1870/71,
im Alter von 77 Jahren zu sich in die ewige Hei-
mat zu nehmen.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

Althengstett, 1. Juli 1919.
Dankfagung.
Für alle Beweise wohlthuernder Liebe und Teil-
nahme während der Krankheit und beim Tode
unserer lieben Mutter, Großmutter, Schwiegermutter
und Tante
Katharine Kling,
Althirschwirtswitwe,
sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Pforzheim.
Junge Mädchen
werden für leichte Artikel mit
kurzer Lehrzeit angenommen.
Robert Hasenmeyer,
Turnstraße Nr. 4.

Pforzheim.
Fleißiges Mädchen
für Küche und Haushalt findet
Stellung bei
A. Odenwald, Lamenstr. 19,
1. Stock.

Mädchen
aus guter Familie sucht per
sofort Stellung in kleinerem,
besseren Haushalt, woselbst zum
Kochen lernen Gelegenheit ge-
boten ist. Angebote erbeien
unter A. D. 5 an die Ge-
schäftsstelle des Blattes.

Für sofort tüchtiges
Mädchen
gesucht mit gutem Zeugnis,
Lohn Mk. 50.
Frau Weigese, Karlsruhe,
Karlsstraße 47.

Landhaus
mit Garten
in Liebenzell, Hirsau usw.
zu kaufen gesucht.
Chr. Pfeiffer, Stuttgart, Schulstr. 17.